

Wie belastbar ist die Schuldenfähigkeit Deutschlands und der EU?

Enteignung durch Inflation

Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg waren „Schwarze Schwäne“, mit denen kaum einer gerechnet hat. Die Staaten reagierten mit Milliardenprogrammen. Hinzu kommen die Kosten der Energie-Transformation. Dies spiegelt der Bundeshaushalt wider: Corona-Paket (130 Milliarden Euro), Bundeswehrfonds (100 Milliarden), Klimafonds (200 Milliarden Euro); steigende Defizite der Sozialhaushalte und Steuerentlastungen. Hinzu kommt der EU-Wiederaufbaufonds (NGEU/830 Milliarden) und die EU-Kurzzeithilfen (Sure/100 Milliarden Euro); als Vorschlag liegt ein dauerhafter EU-Resilienz-Krisenfonds auf dem Tisch. Vieles davon wird auf Kredit finanziert, doch wie soll die spätere Tilgung erfolgen?

Während Deutschland mit 2,5 Billionen Euro (71,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts/BIP) Ende 2021 noch relativ gut dastand, lag der Durchschnitt der Schuldenstandsquoten der Euroländer bereits bei 100 Prozent. Besonders düster sah es bei Griechenland (203), Italien (154), Portugal (128), Spanien (121) und Frankreich (115) aus. Der hanseatische Kaufmann hätte eine gewisse Vorsorge für schlechte Zeiten getroffen. Doch die von der Wählergunst abhängigen Haushalte kalkulieren anders: Lastverschiebung in die Zukunft und/oder Verlagerung auf „besserverdienende“ Minderheiten. Doch Steuererhöhungen haben ihre Grenzen: Es drohen Firmenabwanderung, negative Leistungsanreize und Steuerhinterziehung. Lediglich Immobiliensteuern und die Mehrwertsteuer erschweren Ausweichreaktionen. Unpopulär wäre eine einmalige Vermögensabgabe, insbesondere wenn Italiener oder Griechen auf EU-Hilfen bauen können.

Diesen Ländern wird zudem ermöglicht, ihre Schuldenlast über EU-Fonds zu „exter-

nalisieren“. So sind die Krisenfonds nicht nur kreditfinanziert, sondern begünstigen die Hochschuldenländer zu Lasten der „reichen“ Euro-Staaten. Buchhaltertricks sind die Auslagerung von Ausgaben in Nebenhaushalte (Sonderfonds) zur Umgehung der Schuldenbremse. Diese beinhalten teilweise „nur“ Kreditermächtigungen, geben aber bereits heute Kreditmittel für die Zukunft frei und engen damit Entscheidungsspielräume für spätere Jahre ein. Auf EU-Ebene werden die Kredite der neuen Fonds nicht anteilig den Mitgliedstaaten zugerechnet, obwohl diese dafür gesamtschuldnerisch („Eurobonds“) haften. Die ohnehin hohen Schuldenstandsquoten sind deshalb geschönt. Sodann überlegt man neuerdings durch eine Erhöhung der Euro-Schuldenregel von 60 auf 100 Prozent des BIP eine Anpassung der Vorgaben an die Realität.

Doch das sind alles Täuschungsmanöver, die die Kapitalmärkte durchschauen und mit Zinsaufschlägen bestrafen. Deshalb wird eine Zwischen- bzw. Endlagerung der Staatsanleihen bei der EZB so wichtig, die derzeit etwa 31 Prozent der Staatsschulden der 19 Euroländer hält. Schließlich bleibt die Entschuldung: direkt über einen Schuldenschnitt, indirekt über Inflationierung. So hat Griechenland zwischen 2012 und 2018 Schuldenentlastungen von insgesamt über 321 Milliarden Euro erhalten. „Eleganter“ scheint die Entschuldung durch anhaltende Inflationierung. Gemäß einer Faustformel halbiert sich der reale Schuldenwert, indem man 70 durch die Inflationsrate teilt – bei fünf Prozent Inflation wären es 14 Jahre, alles zu Lasten der Schuldner. Es drohen ungemütliche Zeiten für Sparer.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.



von
Dirk Meyer

„Angesichts der geplanten Billionenausgaben drohen ungemütliche Zeiten für Sparer.“

Linders kurzfristiger Preisdeckel für Benzin und Diesel reicht nicht aus

Nur ein Wahlkampfmanöver

Von Jörg Fischer

Benzin für 2,25 Euro, Diesel für 2,35 Euro, an den Autobahnen wurde die 2,50-Euro-Schwelle überschritten. Wer in Berlin, Hamburg oder München mit der U-Bahn ins Büro kommt oder in Kiel und Konstanz zur Uni radelt, dürfte darüber nur mit den Schultern zucken: Hohe Spritpreise senken den Verbrauch von fossilen Energieträgern! Wer wirklich ein Fahrzeug braucht, kann doch einfach seinen Familienkombi durch ein E-Auto für 40.000 Euro aufwärts ersetzen. Und: „Fast ein Viertel weniger Kraftstoff verbraucht ein Auto, das statt 110 nur 90 km/h schnell fährt“, behauptet der zu einem Viertel vom Steuerzahler gesponserte ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD).

Doch auch Baumaschinen, Busse, Lkws, Lieferwagen und Traktoren brauchen Diesel. Millionen Pendler, die im Mittelstand und der Großindustrie arbeiten – nicht NGO-Aktivistinnen – erwirtschaften den Wohlstand und die Steuermilliarden. Zudem stehen in vier Flächenbundesländern Wahlen an. Daher überbieten sich Politiker mit diversen Vorschlägen: Zur Entlastung werde direkt an der Tankstellenkasse „ein fester Betrag pro Liter als Krisenra-

batt gewährt“, erläuterte Bundesfinanzminister Christian Lindner. „Vom Stand jetzt sollten wir unter zwei Euro pro Liter kommen“, versprach der FDP-Chef im *Handelsblatt*. Doch wer trägt den Zusatzaufwand für eine solche bürokratische Kurzfristregelung? Die Tankstellenpächter haben es schon jetzt nicht leicht.

Einfacher wäre es, wie etwa von Union, AfD und Freien Wählern verlangt, die Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe von 19 auf sieben Prozent abzusenken – das würde Benzin um 27 Cent und Diesel um 28 Cent billiger machen. In Polen wurde das schon im Februar gemacht. Auch das 2020 von der letzten Merkel-Regierung eingeführte Brennstoffemissionshandelsgesetz könnte gestrichen werden – das würde Benzin um 8,4 Cent und Diesel um 9,5 Cent pro Liter billiger machen. Die hohe Energiesteuer kann hingegen nicht sofort abgeschafft werden – die EU schreibt Mindestsätze vor. Die deutsche „Benzinsteuer“ könnte aber von 65 auf 36 Cent und die „Dieselsteuer“ von 47 auf 33 Cent sinken. Ja, das würde zweistellige Milliardenausfälle im Bundeshaushalt bringen. Doch es gäbe eine Lösung: Lindners 200 Milliarden Euro schweres Klima-Programm ersatzlos streichen.



Absperrhähne eines Gasspeichers in Kiel-Rönne: Ist die Versorgungssicherheit ohne Lieferungen aus Rußland wirklich gewährleistet?

Der Eiserne Sanktionsvorhang

Rohstoffmarkt: Versuche autarker Versorgung schlugen in der Vergangenheit regelmäßig fehl

THOMAS KIRCHNER

Am 17. Oktober 1973 verkündete die Organisation der arabischen Erdölexportierenden Länder (OPEC) Lieferbeschränkungen, um Ägypten und Syrien, die am 6. Oktober Israel überfallen hatten, zu unterstützen. Der Ölpreis kletterte von 3,05 auf 10,73 Dollar pro Faß – die Wirtschaft brach ein, die Arbeitslosigkeit und die Verschuldung stiegen an. Das Energiesicherungsgesetz der Bundesregierung vom 9. November erlaubte Rationierungen, Preisobergrenzen, Fahrverbote und Tempolimits. Diesmal ist es der Westen und das einzige asiatische G7-Mitglied Japan, die sich mit Sanktionen selbst ins Knie schießen. Und das nicht nur bei Energie, auch russischer Stahl und Eisen werden nun sanktioniert. Seit dem 24. Februar gibt es zwei Sorten Rohstoffe: billige russische und teure nicht-sanktionierte. Eigentlich würde sich nun die Erschließung neuer Vorkommen lohnen. Doch das dauert: Vom Planungsbeginn bis zur ersten Förderung des größten Kupfervorkommens der Welt, Oyu Tolgoi („Türkishügel“) in der Mongolei, dauerte es 14 Jahre. Ursprünglich sollte es 4,6 Milliarden Dollar kosten, zum Schluß waren es zehn Milliarden. Der weitere Ausbau hat weitere 6,75 Milliarden verschlungen.

Subventionen und Preiskontrollen erhöhen nicht das Rohstoffangebot

Selbst wenn Fracking im dichtbesiedelten Europa erlaubt würde, sind die Vorkommen nicht immer zugänglich: Paris liegt über riesigen Schieferöl- und Gasvorkommen, doch der Eiffelturm wird kaum durch einen Förderer ersetzt werden. Ein niedersächsisches Vorkommen hat nur ein Neuntel der Größe dieses französischen. Eine autarke Versorgung, etwa die deutsche Kohleverflüssigung zur Kraftstoffgewinnung, rechnete sich nur im Zweiten Weltkrieg. Die DDR setzte ab 1979 wegen der

Reduzierung und Verteuerung der sowjetischen Öllieferungen noch mehr auf Braunkohle und die irrwitzige Transportverlagerung ab 50 Kilometer auf die Schiene. Das seit 1982 gebaute dritte AKW (Stendal; 3.880 Megawatt) wurde – auch wegen der westdeutschen „Atomangst“ – nie fertiggestellt.

Gescheitert ist auch die „Importsubstitution“, die zur Zeit der Dekolonialisierung in Mode kam und die in Lateinamerika brachial umgesetzt wurde: Importe wurden mit hohen Zöllen belegt, um eine heimische Industrie aufzubauen. In der Praxis führte dies zu teuren und minderwertigen Produkten. In der Schuldenkrise der 1980er Jahre wurden die letzten Reste dieser Politik – außer im sanktionierten Kuba – aufgegeben. China ist bisher das einzige Land, das Importsubstitution halbwegs erfolgreich umgesetzt hat – allerdings nur durch Diebstahl westlicher Technologie und miserable Bedingungen für Arbeiter. Die Erfahrung zeigt, daß Autarkie unter dem Deckmantel von Versorgungssicherheit zum Scheitern verurteilt wäre.

Die hohen Rohstoffpreise müßten eigentlich die Nachfrage senken. Doch die politisch versprochene „Entlastung“ wird die Preise zusätzlich antreiben – und Energiesubventionen sind besonders kostspielig. Frankreich macht die Erfahrung seit Oktober, wo die Haushalte mit Blick auf den Wahlkampf unterstützt werden: 1,2 Milliarden Euro sollte es ursprünglich kosten. Jetzt sind es schon 20 Milliarden Euro; ein Ende ist erst nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen möglich, aber in der politischen Realität wohl unwahrscheinlich. Auch in anderen EU-Ländern gibt es diverse Entlastungsmaßnahmen – finanziert über eine höhere Neuverschuldung. Doch wie lange geht das gut?

Dabei ist noch nicht einmal klar, wie stark die Sanktionen Rußland langfristig schaden werden. Theoretisch möglich ist eine neue Blockbildung, bei der sich China, Indien und Rußland sowie deren Satelliten vom Westen abkoppeln – die UN-Abstimmung zum Ukraine-Überfall (47 „Wackelkandidaten“) zeigte erste Bruchlinien auf. Außerungen des russischen Handelsministers Denis Manturow, Rohstoffe würden an freundlich gesinnte Staaten exportiert, deuten in diese Richtung. Putin-Rohstoffe würden dann von diesen Ländern billig importiert, teure, nicht-sanktionierte Rohstoffe aus Afrika, Amerika und Australien gingen in den Westen. Die Gesamtmenge von Rohstoffangebot und -nachfrage wäre dann gleich wie heute, lediglich

die Lieferketten hätten sich geändert. Der Westen müßte natürlich auch Zwischen- und Endprodukte aus diesem asiatischen Block sanktionieren.

Wenn China mitmacht, wäre die Welt von einem neuen Eisernen Sanktionsvorhang geteilt. Der Welthandel würde schrumpfen wie nach Einführung von vorübergehenden Zöllen im Ersten Weltkrieg und der darauf folgenden Weltwirtschaftskrise. Ein Jahrhundert später sind Zölle der Normalzustand. Diverse Versuche zu ihrer Überwindung (Uruguay- und Doha-Runde; GATT) scheiterten, die Welthandelsorganisation WTO hat sie inzwischen institutionalisiert. Sanktionen sind die Handelsbeschränkungen des 21. Jahrhunderts. Ihre Wirksamkeit hat sich als nicht viel besser als die der Zölle von vor hundert Jahren erwiesen (JF 10/22).

Hohe Rohstoff- und Energiekosten belasten deutsche Firmen enorm

Wie in den beiden Ölkrisen (1973/1979) wird der Angebotsschock doppelt zuschlagen: Inflation bei den Verbraucherpreisen und Rezession in der Produktion. Energieintensive Industrien (Aluminium, Chemie, Keramik, Papier, Metall, Zement usw.) wären in Europa nicht wettbewerbsfähig, wenn teures Flüssigerdgas (LNG) das russische Pipelinegas ersetzen würde, selbst wenn der Produktionsfaktor Arbeit verbilligt und der Lebensstandard gesenkt würde. „Frieren für die Freiheit“ und „weniger an Lebensglück und Lebensfreude“, wie Ex-Bundespräsident Joachim Gauck verlangt, würde weitere Branchen in den Ruin treiben.

Deutschland ist Industriestandort mit unterentwickelter Dienstleistungsbranche. Hohe Rohstoff- und Energiekosten werden daher deutsche Firmen besonders stark treffen – zusätzlich zu Energiewende, Klimaschutz und Corona-Nachwirkungen. Die Aktienkurse europäischer Chemieunternehmen nehmen 25prozentige Gewinnminderungen vorweg. Bei deutschen Chemieriesen ging es sogar teilweise 40 Prozent bergab. Die Deutsche Bank verlor zeitweise ein Drittel ihres Marktwerts wegen ihres Rußland-Engagements. Will man die Auswirkung auf die Wirtschaft fiskalisch auffangen, ist die nächste europäische Staatsschuldenkrise unausweichlich.

Bundesanstalt für Rohstoffe:
► www.bgr.bund.de

JUNGE FREIHEIT
WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE

Wir wachsen weiter und stellen ein:

- Kaufm. Leiter/-in
- Webdesigner/-in
- Buchhalter/-in
- Online-Redakteur/-in

Weitere Informationen unter [jf.de/stellenangebote](https://www.jf.de/stellenangebote)
Telefonische Rückfragen unter: 030/86 49 53 28

Chance nutzen,
jetzt bewerben!

JF

Demokratie
braucht
Meinungsfreiheit